

Einmal wöch. Bezugspreis für April 3 M. einschl. Versandgeb. Anzeigenpreise: Die 1. Gepl. Zeitzeile 30 M., Stellenanzeige 20 M., Die Zeitzeile 20 M., 20 Millimeter breit, 1 M. Umsatzgebühr für Selbstzahler 20 M., bei Überstellung durch die Post außerdem Portozuschlag Einzel-Nr. 10 M., Sonntags-Nr. 15 M., Geschäftl. Tell. 3. Hillebrand in Dresden.



Seit 1830
Lorenz-Uhren
Dresden - A.
Prauenstraße 1

Sächsische Volkszeitung



Verlagsstelle, Druck und Verlag: Sächsische Volkszeitungsgesellschaft GmbH, Dresden I, Wallstraße 17, Heraus 21612, Postamt 14707, Briefkasten 2, Telefon 25 1112, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-Wilhelmstraße 17, Heraus 21612, Heraus 21612.

Sie finden in Dresden
die
größte Spezialabteilung

Linoleum Siegfried Schlesinger

Johannstr. 6/8 Inh.: Carl Kaiser Dresden

Deutschland und Russland

Eine neue Etappe der deutschen Außenpolitik.

Wohl mit der Absicht, die nicht erst seit kurzem, sondern seit mehr als einem Jahr in Gang befindlichen deutsch-russischen Verhandlungen wegen des Abschlusses gegenseitiger politischer Vereinbarungen zu föhren, sind in der auswärtigen Presse interessante Nachrichten über den Stand und den Inhalt dieser Nachrichten erschienen. Damit ist die Frage der deutsch-russischen Beziehungen wieder einmal zur internationalen Debatte gestellt. Das geschah im Auslande wie schon seinerzeit in Rompolo in der Welle, daß man Deutschland Zwiespältigkeit in seiner Außenpolitik vorwarf, indem man ihm unterstellt, daß es nach der einen Seite Verständigung, nach der anderen Seite hin „Rücksichtserwerbung“ betriebe.

Demgegenüber haben wir folgendes festzustellen: An dem großen und einheitlichen Ziel der deutschen Außenpolitik, das den europäischen Freunden unter Verständigung mit allen Nachbarvölkern erstrebt, wird nicht das geringste geändert.

Das deutsche Volk ist bei seiner politischen Ohnmachtstellung nicht in der Lage, zwischen dem Osten und dem Westen zu optieren, das heißt also, sich für die eine oder gegen die andere Seite zu erklären. Diese Auffassung, die immer wieder im Reichstag von Regierung und Parteiseite zum Ausdruck gebracht wurde, ist auch in der deutschen Öffentlichkeit niemals ernsthaft bestritten worden. Wenn nun Deutschland mit Russland, wie bereits erwähnt, auf Grund langer Verhandlungen, nicht erst aus Anlaß jüngster Ereignisse, etwa der Genfer Vorgänge, zu politischen Vereinbarungen zu kommen sucht, so sieht das keineswegs im Widerspruch mit der Locarnopolitik, sondern bedeutet lediglich eine Verstärkung dieser Politik, also der Politik des Friedens und der Verständigung. Selbstverständlich kann dieser deutsch-russische Pakt nicht als ein Locarnopakt nach dem Osten und nicht als eine Ergänzung des westlichen Locarnopaktes angesehen werden. Es handelt sich vielmehr um einen eigenen und betonten Staatsakt zwischen Deutschland und Russland, der ganz auf der gleichen Linie der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches, wie die Vereinbarungen nach dem Westen stehen, so zwar, daß Deutschland die friedlichen Beziehungen zu seinem östlichen Nachbarn sichern und auf diesen politischen Unterbau gestützt, wirtschaftlich weiterarbeiten will. Ebensoviel wie bei Rompolo kann von einem „Bündnis mit Sowjetrußland“ gesprochen werden. Wir haben aber das allergrößte Interesse daran, nicht im Osten eine Atmosphäre des Misstrauens, der Unruhe und des Unfriedens aufkommen zu lassen, denn die friedliche Einstellung der Länder im Osten gegenüber Deutschland ist für uns von derselben Wichtigkeit, wie die Sicherung im Westen.

Es ist vorauszusehen, daß diese neue Etappe der deutschen Außenpolitik Rücksichten und vielleicht auch schweren Eingriffen begegnen wird. So ganz behaglich ist es naturgemäß keiner der auswärtigen Mächte, einmal weil die wiedererwachende außenpolitische Aktivität des Deutschen Reiches mancherorts mißgünstig angesehen wird, zum anderen aber auch, weil — und das ist das wichtigste — gewisse politische Zirkel durch Deutschlands selbständiges Vorgehen gestört und manche, Deutschland sicherlich nicht allzusehr gewogene Absichten zerstört werden. Vor allem wird es Polen, unterstützt durch Frankreich, sein, das hier schärfste Opposition machen wird. Über nachdem Polen gerade in letzter Zeit sich die denkbare Mühe gegeben hat, seinerseits zu Abmachungen auf dem Balkan zu kommen und auch im Bunde mit Italien Ziele zu verfolgen, die ausgesprochen gegen die deutsche Politik sich einstellen, hat es am allermeisten ein Recht, sich über diese Entwicklung zu beschweren. Möglich ist allerdings, daß nunmehr Polen auf Frankreich einzunehmen sucht, um eine Erweiterung der tatsächlich schon bestehenden französisch-polnischen Abmachungen zu erlangen. Über wieder Polen noch Frankreich haben das Recht, Deutschland etwas verbieten oder doch verübeln zu wollen, was sie selber für sich so reichlich in Anspruch genommen haben.

Die wankenden Mährungen

Die Frankenstabilisierung

Paris, 17. April. Die Bildung der Amortisationskasse zur Entgegennahme „freiwilliger Spenden“ wurde gestern beendet. Dem Finanzminister sollen bedeutende Beträgen zugewandt sein. Der Fürst von Monaco hat dem französischen Generalrat 70 000 Franken übergeben. Mitglieder der Ehrenlegion haben sich bereit erklärt, auf die ihnen zustehende Pension zu verzichten. Die Blätter geben bekannt, daß für die Spende auch Wertgegenstände, Juwelen, Uhren, Ringe, silberne Löffel und vergleichende entgegengenommen werden.

Finanzminister Petet erklärte gestern in einem Interview, daß er dem „Zoll“ gewährt, er habe eine offizielle Nachricht aus Washington erhalten, nach der die französisch-amerikanischen Schuldenverhandlungen noch Ratifizierung des italienisch-amerikanischen Schuldenabkommen aufgenommen werden sollen.

Das polnische Defizit

Warschau, 17. April. Die polnische Regierung hat zum Ausgleich des Defizits im Haushaltplan des Eisenbahnamministerium beschlossen, 11 000 Eisenbahnangestellte zu entlassen. Zur Stützung des Arbeitslosenfonds wurde am 15. April eine Fahrkartensteuer eingeführt.

Wien, 17. April. Beim Bundeskanzler wurde gestern von dem polnischen Ministerpräsidenten Skryński und dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Nammer der österreichisch-polnische Schiedsvertrag unterzeichnet. Der Vertrag lehnt sich inhaltlich an das kürzlich zwischen Polen und der Tschechoslowakei abgeschlossene Abkommen an, sieht jedoch nicht den künftigen Vergleichsrat vor, sondern bestimmt, daß in einzelnen Streitfällen ein Schiedsgericht zu bestellen sei. — Um 2 Uhr fand beim Bundespräsidenten ein Festessen statt. Nach der Festvorstellung in der Oper wurde in der Hofburg das Abendessen eingezogen. Gegen 10.30 Uhr fuhr der polnische Ministerpräsident nach Warschau zurück.

Das Fallen des Tschewonez

Moskau, 17. April. Der andauernde Sturz des Tschewonez hat in Moskau große Beunruhigung bei der Sowjetregierung hervorgerufen. Man ist jetzt dazu übergegangen, zahlreiche Privatkaufleute zu verhaften, die im Verdacht stehen, mit ausländischen Valuten gehandelt zu haben. Es ist festgestellt worden, daß die Bevölkerung in den Hafenstädten von Matrosen ausländische Valuten zu kaufen sucht. An den schwarzen Börsen wird für gute europäische Valuten bereits jeder Preis gezahlt. Wie verlautet, hat sich die Sowjetregierung in den letzten Tagen eingehend mit dem Tschewonezsturz beschäftigt und Stützungsmaßnahmen beschlossen. Vor allem soll so schnell als möglich in Amerika eine große An-

Der deutsch-russische Vertrag wird bestimmt kein Geheimvertrag sein, er wird in allen seinen Einzelheiten, die übrigens sehr kurz und knapp gehalten sind, der Weltöffentlichkeit übergeben. Es wird sich aber auch nicht um einen Rückversicherungsvertrag im Sinne des in der Kaiserlichen Zeit bestehenden Vertrages handeln, da dafür ja die politischen Vorausestellungen gar nicht gegeben sind. Ein solcher Rückversicherungsvertrag hätte ja auch nach dem Wortlaut und dem Geist der Locarno-Vereinbarungen gar keinen Sinn. Die Vereinbarungen haben gar keinen anderen Charakter als den, die Sicherung friedlicher Beziehungen zwischen den beiden großen Völkern auf der Grundlage einer Verständigung in politischen und wirtschaftlichen Dingen. Diese Abmachungen dienen der Sicherung des europäischen Friedens in dem gleichen Maße wie die mit den Westmächten getroffenen Vereinbarungen, und gerade diese Westmächte sollten, daß die gegenwärtigen Vorgänge mißgünstig anzusehen. Diese Haltung der deutschen Regierung begrüßen, und sie als ein weiteres sicheres Unterland für den festen Willen und die ausdrückliche Vereinigung des Deutschen Reiches ansehen, dem Frieden Europas und damit dem Frieden der Welt zu dienen.

Sonntag, 18. April 1926

Im Falle höherer Gewalt erfüllt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufrüchten u. Leistung v. Schadenerlast. Für undurchl. u. d. Fern- ruf übermittl. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unterlagen eingeladene u. m. Rückporto nicht verebene Manuskripte wird nicht aufbewahrt. Hauptredakteur: Dr. Joseph Albert, Dresden.

bei Siegfried Schlesinger
Johannstr. 6/8 Inh.: Carl Kaiser Dresden

leiche aufgenommen werden, für die der größte Teil des Staatsvermögens verändert werden soll. Der amerikanischen Nationalbank in Washington sollen die Plandobjekte übergeben werden.

Ein internationaler Bergarbeiterstreik?

Mögliche Folgen der englischen Krise
Willes, 17. April. Das Internationale Bergarbeiterkomitee nahm gestern in Gegenwart der englischen Bergarbeiterdelegation einstimmig eine Resolution an, in der es unter anderem heißt: Der einzige Weg zur Überwindung der internationalen Kohlenkrise, die zu schweren sozialen Konflikten geführt hat, besteht in der Fortführung einer internationalen Regelung der Kohlenproduktion und des Kohlenabsatzes. Das Internationale Komitee erklärt sich vollständig solidarisch mit den englischen Bergarbeitern in ihrem Kampf gegen eine Erhöhung der Arbeitszeit, eine Heraushebung der Löhne und einen Bruch der bestehenden nationalen Konventionen. Das Internationale Komitee ist erfordernissen bereit, Maßnahmen zu ergreifen, um die Ausfuhr von Kohle nach England zu verhindern. Sollte nach einer Prüfung der Lage durch die zwanzig nationalen Organisationen ein internationales Streik beschlossen werden, so wird das Internationale Komitee die nationalen Organisationen verpflichten, den Streik nicht zu beenden, bevor nicht eine vernünftige Grundlage für die Weitervernahme der Arbeit in allen in den Kampf verwickelten Ländern gefunden worden ist. Das Internationale Komitee wird in diesem Falle als Streikkomitee handeln, dessen Anwälte für alle Länder bindend sind.

London, 17. April. Der heute früh schon zutage tretende Optimismus in der Beurteilung der Kohlenkrise hält an. Der Premierminister verlangt von den Bergarbeiterdelegaten konkrete Unterlagen über neue Lohnsätze. Am Montag wird Baldwin erneut die Bergarbeiterdelegaten empfangen und gleich darauf die Executive der Bergarbeiter. Man hat die Hoffnung, daß daraus eine gemeinsame Tagung beider Parteien entwickelt wird.

Das deutsche Eigentum in Amerika

Neuilly, 17. April. Gut unterrichtete amerikanische Kreise lassen keinen Zweifel darüber bestehen, daß die Beschlüsse um die Freigabe des deutschen Eigentums hinausgezögert werden können, was einer Verlängerung auf unbestimmte Zeit gleichkommt, da die amerikanische Verfassung die Hinaussetzung der Beschlüsse wichtiger Gesetzesvorfälle auf Jahre hinaus ermächtigt. Die Opposition gegen die Freigabe des deutschen Eigentums ist äußerst stark. Die Preßstimmen, geführt von dem der Regierung nahestehenden „Herald“ gegen die Freigabe des deutschen Eigentums mehren sich.

Besuch des Deutschen Reiches durch die mexikanische Studienkommission. Unter Führung des Berliner Vertreters der Agencia Schuberth besuchte am Freitag die mexikanische Studienkommission das Leinawerk bei Werderburg.

Die Tagung der christlichen Gewerkschäften

Bom 17. bis 20. April findet in Dortmund der XI. Kongreß der christlichen Gewerkschäften statt. Abg. Stegemann spricht dabei über die christlichen Gewerkschäften und die Gestaltung des deutschen Volkslebens, Abg. Imbisch über die Ordnung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Lage und die Aufgaben der deutschen Wirtschaft werden von den Gewerkschaftsführern Bartsch und Fahrtenbach dargelegt werden. Über die deutsche Sozialpolitik in Vergangenheit und Zukunft wird Generalsekretär Otto frechen, über das Wohnungs- und Bildungswesen Staatsminister Hirschfeld und Verbandssekretär Dubois (Duisburg), über die Grundlage des gewerkschaftlichen Bildungswesens Dr. Röhr. Die Reichsregierung wird vertreten sein durch den Arbeitsminister Braun. Weiter haben ihr Erscheinen zugesagt Bischof Klein von Paderborn, Generalsuperintendent Zöllner von Münster, Landeshauptmann von Westfalen Dr. Dieckmann, Oberpräsident Gronowski und mehrere Professoren der Universität Münster. Auch Graf Rosadowicz wird der Tagung beitreten. Natürlich fehlen auch nicht die christlichen Gewerkschaftsinternationale und die Freunde des Österreich, Holland und der Tschechoslowakei.